POSITIONSPAPIER DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 6. FEBRUAR 2024



KEIN FUßBREIT DER AFD – AKTIV WERDEN GEGEN DIE EXTREME RECHTE!

Die aktuell bekannt gewordenen menschenverachtenden Pläne der AfD, der Werteunion sowie weiterer extrem rechter Akteur_innen, massenhaft Menschen ohne deutsche Staatsbürger_innenschaft sowie Mitbürger_innen mit internationalen Biografien zu deportieren, lassen erneut die Gefahr für die Demokratie in Deutschland erkennen. Sie widersprechen dem Selbstverständnis der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen zutiefst und greifen sowohl viele der Jugendlichen, die unsere Mitgliedsverbände bilden, als auch viele der haupt- und ehrenamtlich Engagierten in den Verbänden und in der Geschäftsstelle des Landesjugendrings NRW direkt an. Alle Jugendverbände sind davon betroffen!

Unsere Solidarität gilt allen, die von Rassismus im Allgemeinen sowie Deportationsplänen im Besonderen betroffen sind. Über solche Pläne kann es keine Debatte geben; sie sind entschieden zu bekämpfen!

Der Landesjugendring NRW hat in den letzten Jahren verschiedene Beschlüsse gegen Rechtspopulismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen sowie die AfD im Besonderen verabschiedet. Gleichzeitig agieren wir auf der Basis von Beschlüssen zur Stärkung der Demokratie, Empowerment von jungen Geflüchteten und jungen Menschen mit internationalen Biografien sowie deren rechtlicher Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Teilhabe. Diese Positionierungen gelten für uns weiterhin uneingeschränkt.

Darüber hinaus fordern wir alle demokratischen Parteien auf, geflüchtetenfeindliche, rassistische und alle weiteren menschenverachtenden Positionen zu bekämpfen – auch in den eigenen Reihen. Wir erwarten politische Entscheidungen im Sinne der demokratischen Mehrheiten und nicht im Sinne lauter, demokratiefeindlicher Minderheiten.

Dies umfasst sowohl Regelungen im Aufenthalts- und Ausländerrecht als auch die Förderung von Integration und politischer Bildung. Die ohnehin schon rigiden Regelungen für Asylsuchende und Schutzbedürftige werden derzeit von den aktuellen Regierungsparteien sowohl im Land als auch im Bund verschärft und gleichzeitig Gelder für Demokratieprojekte

Positionierung des Landesjugendrings NRW zur AfD (2017)

Keine Bühne für Rechtspopulismus (2016)

Demokratie für alle! Politische Bildung stärken, Demokratisierung voranbringen (2018)

Menschen wirklich willkommen heißen (2015)

Teilhabe für junge Geflüchtete ermöglichen (2014)

HA_Top_6.1.Beschluss_Positionspapier_Kein Fußbreit der AfD_2024_02_06.docx Landesjugendring NRW Sternstraße 9–11 40479 Düsseldorf — info@ljr-nrw.de — Ijr-nrw.de

.

¹ Rassismuskritische Jugendverbandsarbeit (2023)

² Empowerment! Junge Geflüchtete als Akteur innen unserer Gesellschaft stärken (2019)

Positionspapier des Hauptausschusses



Kein Fußbreit der AfD – Aktiv werden gegen die extreme Rechte! vom 6. Februar 2024

sowie Empowerment- und Teilhabemaßnahmen gekürzt. Das sogenannte "Rückführungsverbesserungsgesetz", die Ausweitung "sicherer Herkunftsländer" oder die Zustimmung zu einer Verschärfung des EU-Asylrechts kommen den Forderungen der AfD entgegen, anstatt die Interessen der Mehrheit junger Menschen in NRW zu vertreten. Wir fordern die aktuellen Regierungsparteien auf, Demokratie und Teilhabe konsequent zu fördern und zu verteidigen.

Die Jugendverbände des Landesjugendrings NRW halten an ihren Werten von Vielfalt, Toleranz und Demokratie fest und bekräftigen jetzt erst recht: Alle in Deutschland lebenden Menschen gehören zu Deutschland – unabhängig von ihrer Nationalität, Religion, Sexualität, geschlechtlichen Identität, zugeschriebenen Herkunft oder Behinderung. Wir sind froh, dass in diesen Wochen hunderttausende Menschen aus nahezu allen Teilen der Gesellschaft auf die Straße gehen und öffentlich ein unübersehbares Zeichen gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte setzen. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände fordern alle Demokrat_innen dazu auf, sich an diesen Demonstrationen nach Kräften zu beteiligen. Wir werden uns auch in Zukunft gegen Diskriminierung und autoritäre Krisenlösungen sowie für Demokratie und ein gutes Leben für alle jungen Menschen in NRW einsetzen und entschieden dafür streiten.